

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Dresdner Nachrichten
Verlagsnummer: 28.541
Preis für Redigierendes: Nr. 20.011
Schulzeitung u. Hauptpreis: 10 Pf.
Dresden - E. L. Winterstraße 20/21

Bezugspreis bei täglich postmöglicher Zustellung monatlich 1,30 RM. (einschließlich 10 Pf. für Transportlohn), durch Verlangung 1,20 RM. (einschließlich 10 Pf. Transportlohn) (ohne Postzusatz) (einschließlich 10 Pf. für Transportlohn) bei Tages- und Wochenbestellungen. Einzelnummer 10 Pf. Anzeigenpreis: Die einseitige 10 mm breite Zeile zu 10 Pf., für 10 Zeilen 100 Pf., für 20 Zeilen 200 Pf., für 30 Zeilen 300 Pf., überhöhen 100 Pf. (einschließlich 10 Pf. für Transportlohn). Tages- und Wochenbestellungen sind gegen Vorzahlung zu bestellen. Offizierspreise 20 Pf. Kautionspflicht gegen Nichtzahlung.

Druck- u. Verlag: Dresdner Nachrichten
Dresden, Wilschke-Str. 10/11
Kundendienst: Dresdner Nachrichten
(Dresden, Wilschke-Str.)
Schulzeitung: Dresdner Nachrichten
Schulzeitung: Dresdner Nachrichten

45 Reichsbannerleute auf der Anflagebank

Der Ohlauer Blutsonntag vor dem Sondergericht

Brieg, 15. August. Am Montagvormittag begann vor dem Sondergericht in Brieg der auf acht Tage berechnete politische Prozeß gegen den Reichsbannerführer Durnik und Genossen. Im Hintergrunde liegen die blutigen Kämpfe am Sonntag, dem 10. Juli, in Ohlau, bei denen zwei S.A.-Leute getötet und über 20 Personen zum Teil schwer verletzt wurden. Der große Schwurgerichtssaal mußte einige Umänderungen erfahren, um die 45 Angeklagten aufnehmen zu können.

Schon längere Zeit vor Verhandlungsbeginn wurden die Angeklagten auf ihre Plätze geführt. Ein starkes Gendarmen- und Schutzpolizeikommando ist im Saal verteilt. An den Türen findet genaue Kontrolle statt. Kurz nach 9 Uhr betrat das Sondergericht, das aus dem Vorsitzenden, Landgerichtsdirektor Herzog, und zwei richterlichen Beisitzern besteht, den Sitzungssaal. Die Anklage wird durch Staatsanwalt Dr. Duhl und Staatsanwaltschaftsdrat Haube vertreten.

Gleich nach Eröffnung der Sitzung legt im Namen der Verteidigung Rechtsanwalt Foederer gegen die Verurteilung des Sondergerichts für die zur Verhandlung stehenden Fälle Protest ein.

und begründet diese Ansicht damit, daß in dem Prozeß, in dem die Volkseigenen eine erhebliche Rolle gespielt habe, Parteimitglieder ausgeschlossen werden sollten. Rechtsanwalt Braun schließt sich dem Protest an, da zur Zeit der Vorgänge von einer Terrorverordnung noch keine Rede gewesen sei. Nach Beilegung der Namen der Angeklagten gab der Vorsitzende bekannt, daß er hoffe, in fünf Tagen den Prozeß zu Ende führen zu können. Es ist mit der Vorladung von etwa 110 Zeugen zu rechnen. Davon sind von der Staatsanwaltschaft 91 namhaft gemacht worden.

Zunächst wurde der Hauptangeklagte, der Kreisleiter des Ohlauer Reichsbanners, Durnik, vernommen. Er schilderte die Aushängung des Reichsbanners und der Offenern Front in Kasowitz. Bereits dort habe man zu hören bekommen, daß die Nationalsozialisten geplant hätten, in Ohlau aufzuräumen. Aus diesem Grunde habe man abends im „Waldschloß“ in Ohlau eine Zusammenkunft der Ortsgruppenleiter verabredet, um „Schutzmaßnahmen“ für das Gewerkschaftsbüro und den sozialdemokratischen Konsumverein zu beschließen. Zwei der eingeteilten Gruppen seien unterwegs nach diesen Stellen gewesen, und bei dieser Gelegenheit von Nationalsozialisten überfallen worden. Er selbst habe versucht, seine Leute zurückzuhalten. Diese seien aber aufgegriffen worden. Am Sportplatz sei es trotzdem möglich gewesen,

Reichsbannerleute, die mit Ratten auf die Inseln eines Traktors einsteigen.

aufzurufen. Auch habe er sich darum bemüht, einen nationalsozialistischen Führer in Sicherheit zu bringen. Die Erregung habe sich dadurch gesteigert, daß man gewußt habe, sämtliche Zugänge nach Ohlau seien durch die Nationalsozialisten besetzt worden. Auf die Frage des Vorsitzenden, woher er das gewußt habe, konnte der Angeklagte allerdings keine Auskunft geben. Inzwischen sei es zu einem Sturm auf ein Wohnhaus durch Nationalsozialisten gekommen, wobei zwei Frauen durch Schüsse verletzt worden seien. Von dieser Schießerei habe das Reichsbanner überhaupt keine Ahnung gehabt. Später habe sich dann eine größere Schießerei am Schloßplatz entwickelt. Dabei seien nun allerdings die noch vorhandenen vierzig Reichsbannerleute gestürzt und hätten die dort anwesenden etwa 2000 Nationalsozialisten auch angegriffen. Er selbst sei hinterher gegangen, um seine Leute wieder zurückzuholen. Seine Leute seien bereits im Begriff gewesen, die Straße zu verlassen, als das Ueberfallkommando der Landjäger erschienen.

Vorl.: Wurden die Polizeibeamten nicht von Reichsbannerleuten mit Ratten geschlagen und wurde von Reichsbannerleuten, auf die Polizei geschossen?

Angekl.: Von uns nicht. Der Vorsitzende hält dem Angeklagten vor, daß seiner Darstellung nach von Reichsbannerleuten überhaupt nicht geschossen worden sei. Es sei doch offensichtlich, daß immerhin eine ganze Anzahl von Nationalsozialisten durch Schüsse verwundet und zwei sogar getötet worden seien. Der Angeklagte erklärt noch einmal, daß es unmöglich sei, daß seine Leute geschossen hätten.

Wie der Vorsitzende feststellt, gibt der Gewerkschaftssekretär Strunk zu, daß die Reichsbannergruppen bereit gewesen seien, die nationalsozialistischen Gruppen zu verprügeln.

Der dritte Angeklagte, Verwalter der Ohlauer Ortsgruppe des Reichsbanners, Hied, sagte aus, daß er bereits bei seiner Rückkehr aus Kasowitz beim Verlassen eines Kaffeehausgangs geschossen habe, daß in Ohlau „etwas los sei“. Warum die Reichsbannerleute in Ohlau geblieben wären, könne er nicht sagen. Der Vorsitzende hält dem Angeklagten einen Brief an den Landrat von Ohlau vor, in dem er die Behörde mit „Selbsthilfe“ droht, falls die Polizei beim Schutz des Reichsbanners in Zukunft versagen würde. Der Vorsitzende will von dem Angeklagten wissen, was er unter dem Begriff „Selbsthilfe“ verstanden habe, erhält jedoch hierauf keine klare Auskunft.

(Bei Schluß der Debatte dankt die Verhandlung noch an.)

Insgesamt 608 Reichstagsabgeordnete

Berlin, 15. August. Der Reichswahlleiter teilt mit: Heute vormittag 10.30 Uhr fand die Sitzung des Reichswahlprüfungsausschusses statt, in der die Feststellung über die den Parteien angefallenen Sitze getroffen wurde. Der Reichswahlprüfungsausschuss stellte fest, daß insgesamt 42 sogenannte Verbandsliste und 88 Sitze auf Reichswahlvorschlägen den Parteien zufallen. Einschließlich der 500 Kreisliste stellt sich die Gesamtzahl der Sitze nunmehr auf 608.

Die Zahl der Mandate ist also um eins höher als nach der vorläufigen Feststellung. Dieses eine Mandat ist dem Reichswahlvorschlag der Bayerischen Volkspartei angefallen. Bei Berücksichtigung des Abkommens zwischen Bayerischer Volkspartei und Wirtschaftspartei darf damit gerechnet werden, daß dieses Mandat der Wirtschaftspartei zugewiesen wird. Es wird dem Bremerer Mollath zugewiesen werden.

Die Ottawaer Konferenz geht zu Ende

Ottawa, 15. August. In Konferenzkreisen besteht allgemeine Uebereinstimmung darüber, daß am Donnerstag als dem Zeitpunkt für die abschließende Vollziehung festgehalten werden und keine Verlängerung der Konferenz mehr stattfinden soll. Die Unterausschüsse glauben, mit Ausnahme des Dailsham-Ausschusses, in dessen Händen allein die Abmachungen zwischen den Mitgliedern des englischen Weltreiches liegen, ihre Arbeiten bis Dienstagabend fertigstellen zu können. — Zwischen England und Kanada bestehen noch immer ernste Schwierigkeiten in der Weizenfrage. Ein Gleiches gilt für die australische Forderung hinsichtlich der Fleischexporte nach England.

England lehrt nicht zur Goldwährung zurück

Ottawa, 15. August. Der Untersuchungsausschuss für die Standardisierung hat einen Bericht veröffentlicht, der die Einlegung eines Standardgoldes für die Standardisierung im vereinigten Königreich sowie in jedem Dominion empfiehlt. Neville Chamberlain hat vor dem Wahrspruchsausschuss erklärt, Großbritannien beabsichtige nicht, zur Goldwährung zurückzukehren, es sei denn, daß die Verhältnisse gebietet seien.

Flottenparade vor dem König von Italien

Rom, 15. August. Am Sonntag nahm der König von Italien in Taranto die Parade der Kriegsmarine und der Flugzeuggeschwader ab, die an den Mittelmeermandatvorn teilnahmen. Im Hinblick auf die bevorstehenden großen Feiern der faschistischen Herrschaft wird das befriedigende Ergebnis der Parade in der Presse mit Genehmigung ausgenommen, um so mehr, als über 50 vom Hundert der italienischen Kriegsmarine und der Gesamttonnagezahl zur Zeit des Faschismus auf Kiel gelegt und vom Stapel gelaufen ist.

Wieder zwei Todesopfer des politischen Fanatismus

Insterburg, 15. August. Der Besitzer Hinz und einige kommunistische Drainagearbeiter gerieten im Gasthof Jableau in Tomowitschen bei Insterburg am Sonntagabend beim Zechen in Streit. Hinz fuhr nach Hause, um sich eine Pistole zu besorgen, während die Arbeiter auf der Chaussee nach Insterburg gingen. Hinz holte sie ein, gab etwa zehn bis zwölf Schüsse ab. Hierbei erlitt der Arbeiter Karl Wroch aus Insterburg einen Brustschuß, der ihn auf der Stelle tötete. Der Arbeiter Werner aus Wergental wurde von etwa fünf Schüssen am Kopf, am Hals und in der Brust tödlich getroffen. Der dritte Arbeiter konnte sich retten. Nachdem sich Hinz nach Hause begeben hatte, umstellte die Polizei sein Haus; dabei kam es zwischen ihm und der Polizei zu Schießereien. Schließlich konnte er in einem Hofgartenfeld festgenommen werden.

Rölln, 15. August. Am Sonntagabend entfiel in der Palantier Straße, Ecke Roelplatz, eine Schlägerei zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten, bei der auch geschossen wurde. Ein Kommunist wurde durch einen Oberkeilschuss verletzt. Durch ein abirrendes Geschoss wurde ein auf der Veranda der obersten Wohnung spielendes zweieinhalbjähriges Mädchen im Rücken verletzt. Fünf an der Schlägerei Beteiligte wurden von dem Ueberfallkommando verhaftet.

In der Nacht zum Sonntag kam es in Rölln-Nippes zu einer Schlägerei zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten, wobei ein Nationalsozialist erheblich am Kopf verletzt wurde. Die Täter sind bekannt.

Milona, 15. August. Am Sonntagabend wurde ein Angehöriger der NSDAP, in der Nähe des Sillborzer Bahnhofes von zwei unbekannten Personen überfallen und durch mehrere Messerstiche schwer verletzt.

Die Sebung der „Riobe“

Riel, 15. August. Wie der Leiter der Bergungsarbeiten mitteilt, hat der Transport des Wracks der „Riobe“ eine Stelle 14 Seemeilen östlich vom Hüller Leuchtturm erreicht. Das Wrack ist bereits auf 18 Meter Wassertiefe gehoben. Mit der Ankunft im Rieler Hafen ist demnach in Kürze zu rechnen.

Nach der Aussprache Hindenburg-Hitler

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 15. Aug. Ueber die dramatische Unterredung zwischen Hindenburg und Hitler vom Sonnabend wird nach ein Ausbruch des Führers der Nationalsozialisten bekannt, der über den in der Öffentlichkeit aufgetauchten Widerspruch zwischen dem amtlichen Kommuniqué und den nationalsozialistischen Verlautbarungen vom Sonnabend Aufklärung gibt. Auch wir haben auf diesen Widerspruch hingewiesen, denn nach dem amtlichen Kommuniqué erklärt die Regierung, Hitler habe die Auslieferung der gesamten Staatsgewalt verlangt, während die nationalsozialistische Darstellung nur von dem „Verlangen nach der eindeutigen Führung“ spreche.

Hitler hat dem Reichspräsidenten erklärt, er verlange dieselbe Stellung, die Mussolini nach dem Marsch auf Rom eingenommen habe.

Damit ist geklärt, wie sich der nationalsozialistische Führer die Machtübernahme vorgestellt hat. Tatsächlich wäre, wenn der Reichspräsident angenommen hätte, auch die Machtstellung des Reichspräsidenten etwa die, wie sie der König von Italien dem Faschismus und Mussolini gegenüber innehat.

Auch wird heute von zuständigen Stelle abermals unterstrichen, daß Hitler vor Bildung des Kabinetts von Papen dem Reichspräsidenten zugesichert habe, er werde eine vom Vertrauen des Reichspräsidenten getragene Regierung leiten. Wenn jetzt die Nationalsozialisten mit schärfster Opposition drohen, so geschähe dies im Widerspruch zu der Zusicherung ihres Führers. Die Reichsregierung ist bereit, Zeugenschaft für die Richtigkeit ihrer Behauptungen über den Inhalt der Hitlerschen Zusicherungen beizubringen.

Ueberhaupt herrscht heute in der Wilhelmstraße gegenüber den Nationalsozialisten eine außerordentlich frohliche Stimmung.

Man bedauert man erheit und mit allem Nachdruck, daß die Nationalsozialisten sich nicht hätten bereitfinden können, in die Regierung einzutreten, aber es scheint die Gefahr zu bestehen, daß man sich jetzt im Gefolge der Sonnabendausssprache mehr und mehr auseinanderredet. Eine solche Entwicklung muß aber unter allen Umständen vermieden werden.

Hindert werden, und zwar sowohl von der Reichsregierung, als auch von nationalsozialistischer Seite.

Im nationalsozialistischen „Anariff“ äußert sich Dr. Goebbels mit den schärfsten Worten über die Vorgänge vom Sonnabend; er meint, die politische Entwicklung werde unumkehrbar zu einer Machtergreifung Hitlers führen.

Das Gerücht, die Reichsregierung beabsichtige nicht, den Reichstag einzuberufen, wird von zuständigen Stelle demontiert. Es wird erklärt, es bestehe kein Zweifel darüber, daß die Reichsregierung vor den Reichstag treten werde.

Eine Erklärung der Reichsbank

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 15. Aug. Die Reichsbank nimmt heute zu Pressemitteilungen Stellung, nach denen Differenzen zwischen ihr und der Reichsregierung über die Frage der Finanzierung des Reichsbeitrags zum Abwehrprogramm entstanden seien. Sie erklärt, daß sie ihren Standpunkt, den sie schon seit langer Zeit einnehme, in keiner Weise geändert habe. Sie sei nach wie vor bereit, jeden reichsbankfähigen Wechsel, der ihr präsentiert werde, zu diskontieren. Gegenüber dem kommenden Verhandlungen zwischen Regierung und Reichsinstitut werde also lediglich ein, einen Weg zu finden, entsprechendes Wechselmaterial zu beschaffen.

Die Parlamentariertragung der NSDAP. verlagt

Berlin, 15. August. Die für Dienstag und Mittwoch in Aussicht genommene nationalsozialistische Parlamentariertragung, an der alle nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten und alle nationalsozialistischen Abgeordneten der deutschen Länderparlamente teilnehmen sollten, ist, wie wir von nationalsozialistischer Seite hören, vorläufig abgesetzt worden. Ein neuer Termin für die Tagung ist noch nicht bestimmt worden. Man nimmt jedoch an, daß sie noch im Laufe dieser Woche stattfinden wird.

unserer Hochzeit bei dem größten Teil der nun alles finden, also nun der Ansicht, daß über ihre Mädchen-Ansicht, daß die An darauf müssen. Wer tend ihr eingebrachtes (er Beziehung, machen au macht ein wenig ab da sollst Du sein

o Pl.) „Ein junger welchen Angorafanin-bar, wenn ihm etwas des Tierchens gelang über blühende Literatur, besonderer Verdienstleistungen- und Futtersichtvererben unter-

Pl.) „Ich bin Dou-tem Urlaub das Ver- das mir aufliebt. Das sellungen nichts beien, Deinem Anspruch ver-

„Wie sieht man Enslon- man sie in den „Klaren“ ist! Das Zeug schmeckt nicht? In den Alpen nämlich nicht herand- ist, gibt's „Sahli“ ...

se in einer Dresdner durch die Deibe nun verhandelt werden soll. se in „abiedbaren“ Zeit aber verächtlich! Was in der Weltverfolgung

„a h. (40 Pl.) „Der Mon- fischbach, ist nicht mehr die Inschrift wissen, die steht und auf Deutsch sein Reiz.“ — Aliz zu gar keine Inschrift, die

„siede will Osef Schndt- den und Neffen zum Kauf- er es nicht überlassen, e in diese weiterzuleiten, a in Briefwechsel zu treten „Kasselertheil“ unterst

„omartiert, zur Zeit auf- r, unelictige und möglic- wohnt und gewiß ist, den den. Der Neffe, lebendiger, „Hindenburg“, der aber in dahrung ist ein Beitrag er- stellen. — Neffe Bruno Frauen. Es muß gern ande, Dauspische ein (redes, lte 189 Pl.), Ende M- n, wünscht Herrn mit so- r, die, aufgebaut auf gegen- m Werke der Kameradschaft- den Lebenskämpfen (redes, von Schicksalserkenntnis, e 189 Pl.), 84. (mit einer Lebenskammerden, die Richte Haus in ditter- n, sehr wirtschaftlich, laut 2 bis 42, den sie recht ver- eine gute Kundsteuer. — feldblonder Substanz, lebend- lich, mit großem Interesse reiten Neffen bis 50, der ein beim und Erwerbsmöglichkei- Hausfrau (80 Pl.), An- er, vielseitig, ideal gelun- dem Reutern, aus Unwegen, m, verlässlicher und unver- e 189 Pl.), 84. (mit Pl.) dand, sucht für seine einig- lde in ihren Ansprüchen, ge- r, am liebsten besseren Be- r (10 Pl.), 47, von so- vom unten Kommando, und licher Dreijahresurlaub, (eigenheiten wieder plädi- e 189 Pl.), 25, die alles hat, so- lten, Wälder, werden möglic- Wälder ist auch da ... vorlet- nicht zu klein, möchte recht es Herr und mit mir (10 Pl.), 24. (Stens, betonen, betonen, betonen, auch nicht, aber schließt w- e gern Kinderlos bleiben. Sie n Wälder und einige (redes, 189 Pl.), (schuldblos gefeiert, Einzelteil in noch gutgehe- anker Figur und Körper ist nicht braunes Kne- r, am liebsten besseren Be- r (10 Pl.), 47, von so- vom unten Kommando, und licher Dreijahresurlaub, (eigenheiten wieder plädi- e 189 Pl.), 25, die alles hat, so- lten, Wälder, werden möglic- Wälder ist auch da ... vorlet- nicht zu klein, möchte recht es Herr und mit mir (10 Pl.), 24. (Stens, betonen, betonen, betonen, auch nicht, aber schließt w- e gern Kinderlos bleiben. Sie n Wälder und einige (redes, 189 Pl.), (schuldblos gefeiert, Einzelteil in noch gutgehe- anker Figur und Körper ist nicht braunes Kne-

„lefallenkeid: und (Frierungen) täglich von e Wianang und Wiltwoch von e Kaitenen zur beantragt ist. befragt ist.

„worten antworten mit Aber die e (Neben ungeführt) dem Ge- rühnung beherrschter (Frieren, wenn sich alle Einleiden, die (Frieren) wachen, einzuweisen, e in gute Sache erwidert ist